

Rhein-Berg 100

Der Newsletter Ihres Abgeordneten für den Wahlkreis 100 Dr. Hermann-Josef Tebroke



Eine Auswahl meiner nächsten Termine

15.07.2018
30 Jahre Senioren-Union RBK

23.07.2018
Bürgersprechstunde,
Bergisch Gladbach

15.08.2018
Bürgersprechstunde,
Burscheid

18.09.2018
Bürgersprechstunde,
Overath

Kontakt

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon
(030) 227 - 7 95 47

Fax
(030) 227 - 7 05 48

E-Mail
hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Homepage
www.hermann-josef-tebroke.de

Wahlkreisbüro

Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Telefon
(02202) 9 36 95-30

Fax
(02202) 9 36 95-22

E-Mail
hermann-josef.tebroke.wk@bundestag.de

Sie haben mich als Ihren Vertreter in den Bundestag gewählt und als solcher ist mir der Austausch mit Ihnen wichtig. Sollten Sie Anregungen oder Fragen haben, freue ich mich, wenn Sie mit mir in Kontakt treten.



Liebe Leserinnen und Leser,

die vergangenen Wochen seit meinem letzten Newsletter waren politisch von einer ganz eigenen Dynamik geprägt. Zweifellos waren die anhaltenden Diskussionen innerhalb der Union hinsichtlich der Kommunikation kein Glanzstück, im Gegenteil! Aber daraus haben wir als Fraktionsgemeinschaft auch gelernt. Nachstehend finden Sie eine kleine Stellungnahme meinerseits zu der Debatte und auch zu den erzielten Vereinbarungen.

Die letzte Sitzungswoche stand als Haushaltswoche ganz im Lichte der Haushaltsberatungen für das Jahr 2018. Sie haben richtig gelesen: Bedingt durch die langwierigen Koalitionsverhandlungen konnten wir erst jetzt, dafür aber einen meiner Meinung nach guten ausgewogenen und verantwortbaren Haushalt für das laufende Jahr verabschieden. Besonders wichtig sind für mich die zahlreichen vereinbarten familienpolitischen Maßnahmen, von welchen ich nachstehend das Baukindergeld im Speziellen hervorheben möchte.

Familienpolitische Maßnahmen

Die nunmehr abgeschlossenen Haushaltsberatungen beinhalten ein ganzes Bündel an familienpolitischen Maßnahmen, über die ich – gerade als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – sehr glücklich bin. So wird zukünftig die kalte Progression abgemildert und der steuerliche Grundfreibetrag wird angehoben werden. Zudem kommt das von vielen Familien erwartete Baukindergeld.

Das Baukindergeld kann rückwirkend zum 01.01.2018 bis zum Ablauf des Jahres 2020 beantragt werden und dies ohne eine Begrenzung der Quadratmeterzahl, wie sie unter anderem von den Sozialdemokraten ins Spiel gebracht worden ist. Über einen Zeitraum von zehn Jahren sollen pro Kind und Jahr 1.2000 Euro gezahlt werden. Anspruch haben Familien bis zu einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 75.000 Euro plus 15.000 Euro für jedes

Mit dem vergangenen Freitag hat im politischen Berlin die parlamentarische Sommerpause begonnen. Sie können sich gleichwohl selbstverständlich sicher sein, dass ich auch in den kommenden Wochen mein Mandat nach wie vor weiterhin mit vollem Einsatz ausüben werde. Ich freue mich auf mehr Zeit für Einladungen und Begegnungen vor Ort im Rheinisch-Bergischen Kreis. Ob in der Sprechstunde, bei politischen Debatten oder Festveranstaltungen – bitte kommen Sie gern auf mich zu.

Abschließend darf ich Ihnen eine anregende Lektüre sowie in jedem Falle einen sonnenverwöhnten und für Sie angenehmen Sommer 2018 wünschen.

Herzliche Grüße
Ihr

Dr. Hermann-Josef Tebroke, MdB

Kind. Für eine Familie mit zwei Kindern ergibt sich damit über zehn Jahre ein Betrag von 24.000 Euro.

Wir als Union sind uns der dadurch verursachten Mehrbelastungen für den Bundeshaushalt natürlich im Klaren, halten die Maßnahmen jedoch aus mehrlei Gründen für vertretbar. Zum einen mildert das Baukindergeld den teilweise vorherrschenden Wohnungsmangel ab und zum anderen wird dadurch gerade der ländliche Raum gestärkt, in welchem wir uns eine entsprechend rege Bautätigkeit erhoffen. Das Baukindergeld war einer unseren konkreten Vorschläge als CDU im Wahlkampf. Es ist konsequent und sinnvoll, dass wir dieses Wahlversprechen auch einlösen.



Foto: Michael Schütz

Zitat des Monats:

„Eisenbahnfahrten bei hoher Geschwindigkeit sind unmöglich, weil die Passagiere aus Atemnot sterben würden.“

– Dr. Dionysius Lardner, 1830

Laut statista.com betrug im Jahr 2017 die Zahl der Reisenden im Schienenpersonenverkehr der DB AG rund 2,6 Milliarden Personen.

Einigung von CDU/CSU

Wie ich einleitend bereits ausgeführt habe, waren die vergangenen Wochen innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von einer intensiven Diskussion um den von Bundesinnenminister Horst Seehofer erarbeiteten „Masterplan Migration“ geprägt. In der Tat haben CDU und CSU lange gerungen. Wir alle sind uns einig, dass das Vorgehen in der Rückschau sicherlich keinesfalls als Glanzleistung politischer Debatte charakterisiert werden kann. Ich habe nach wie vor kein Verständnis dafür, wie der Konflikt ausgetragen worden ist. Umso glücklicher bin ich, dass nunmehr wieder die sachlichen Fragen im Mittelpunkt stehen. Der Themenbereich ist wichtig genug.

Der von Minister Seehofer vorgelegte Masterplan ist sicherlich ein gangbarer Kompromiss für die zukünftige Asyl- und Flüchtlingspolitik. Nichtsdestotrotz bleibt natürlich eine europäische gemeinschaftliche Einigung die einzig realistische Option für eine nachhaltige Lösung der Migration innerhalb der Europäischen Union. Die Bundeskanzlerin hat daher zu Recht

auf europäischer Ebene auf entsprechende Einigungen hingewirkt. Vergangene Woche fand dazu die Sitzung des Europäischen Rates statt, also der Versammlung aller europäischen Staats- und Regierungschefs. Die dort gefassten Beschlüsse sind in jedem Falle nicht nur ein Zeichen, die Binnenmigration innerhalb der Europäischen Union stärker gemeinsam zu ordnen, sondern auch die Frage der Fluchtursachenbekämpfung vermehrt in den Fokus zu stellen.

Dennoch bleibt neben der Migration auch die Integration von Schutzsuchenden eine dauerhafte Aufgabe für unsere Gesellschaft. Ich bin insbesondere den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern vor Ort dankbar. Ohne deren in vielen Fällen aufopferungsvolles und stetes Engagement wäre diese Aufgabe nicht zu bewältigen. Denn zur Integration gehört nicht nur die dauerhafte Unterbringung, sondern auch die Einbindung in unseren Arbeitsmarkt und unsere Gesellschaft als Ganzes. Diese Aufgabe wird uns noch viele Jahre befassen. Aber wir werden als Gesellschaft im Ergebnis von einer gelungenen Integration nur profitieren können.

Bericht des Fraktionsvorsitzenden

Volker Kauder schreibt:

Griechenland kehrt an den Kapitalmarkt zurück.

Die Eurogruppe hat sich auf den Abschluss des dritten Hilfsprogramms für Griechenland geeinigt. Ein viertes Hilfsprogramm ist nicht erforderlich. Nach acht Jahren kann sich Griechenland wieder am Kapitalmarkt refinanzieren. Das Prinzip „finanzielle Hilfe als Gegenleistung für Reformen“ hat gewirkt.

Die Mittel des 3. Hilfsprogramms brauchten nicht ausgeschöpft werden, von 86 Milliarden Euro wurden knapp 62 Milliarden Euro benötigt. Eine langfristige Schuldentragfähigkeit erfordert jedoch verbesserte Konditionen für den Schuldenbestand. Die Eurogruppe hat dazu ein Maßnahmenpaket entwickelt. Dieses umfasst – wiederum gegen Auflagen – die Umleitung von EZB-Gewinnen aus Ankäufen griechischer Staatsanleihen in die Reduzierung des griechischen Finanzbedarfs oder vereinbarte Investitionen, den Verzicht auf eine vorgesehene erhöhte Zinsmarge, Verschiebungen von Zins- und Tilgungszahlungen sowie Verlängerungen von Laufzeiten. Die Umsetzung dieser Finanzhilfvereinbarungen bedarf der Zustimmung des Deutschen Bundestages.

Ein Schuldenerlass oder Schuldenschnitt ist nicht vorgesehen. Forderungen nach einem Rückkauf alter IWF-Darlehen sind ebenfalls vom Tisch. Der IWF bleibt mit seinen bisherigen Darlehen engagiert und wird auch mit seiner Expertise an der Nach-Programm-Überwachung mitwirken. Griechenland wird sich vierteljährlich einer verstärkten Überwachung durch die Institutionen stellen müssen. Damit wird sichergestellt, dass die griechische Regierung auf Reformkurs bleibt.

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche Potenziale“.

Wir setzen eine Enquete-Kommission ein, die zum Ziel hat, Antworten auf die vielfältigen technischen, rechtlichen, politischen und ethischen Fragen im Kontext der Nutzung von Künstlicher Intelligenz zu erarbeiten. Sie soll die damit einhergehenden Chancen, Potentiale und Herausforderungen untersuchen. Parallel zu den Diskussionen in der Enquete werden wir als Union, insbesondere unsere Bundesminister Karliczek und Altmaier, konkrete Schritte zur Förderung der Künstlichen Intelligenz sowie des Transfers in Produkte und Dienstleistungen voranbringen.